

die CDU und die LDP durch Verzögerungen bei der Registrierung bestehender Ortsgruppen durch die lokalen Behörden der SMAD — die so die Aufstellung von Kandidaten unmöglich machten — und auf andere Weise stark behindert worden waren⁷¹. Dennoch errangen die beiden bürgerlichen Parteien bei den Gemeindewahlen am 1. beziehungsweise am 8. und 15. September einen respektablen Erfolg, wenn sie insgesamt 3 553 939 Stimmen gegenüber 5 093 144 Stimmen für die SED und 270 131 für kommunistische Massenorganisationen auf sich vereinigen konnten. Angesichts der eindeutigen Unterstützung der SED durch die Besatzungsmacht konnte dieser Wahlausgang die beiden bürgerlichen Parteien durchaus ermutigen, zumal sie in größeren Städten durchweg absolute Mehrheiten erhielten, darunter in Dresden, Erfurt, Halle, Jena, Leipzig, Plauen und Zwickau, das heißt, auch in Städten mit alten sozialistischen Traditionen, während die SED in Landgemeinden (wo meist nur sie allein zugelassen war) zwar über die Mehrheit verfügte, aber der Anteil ungültiger Stimmen hier häufig genauso hoch oder höher lag als der Anteil der für die SED abgegebenen Stimmen! Es war dies eine Form des Protestes der Bevölkerung gegen die Wahlbehinderung der CDU und der LDP, die in vielen Landgemeinden keine eigenen Listen hatten aufstellen dürfen. Das Wahlergebnis kam einem Votum, einer Mehrheit der Bevölkerung gegen die Politik der SED gleich, auf das die Kommunisten denn auch äußerst gereizt reagierten. Der Wahlkampf habe gezeigt, so erklärte der Partei Vorstand der SED, *„daß reaktionäre und faschistische Elemente am Werk sind, sich im Rahmen der bürgerlich-demokratischen Parteien zu tarnen und an ihrer Peripherie zu sammeln. Unter dem Deckmantel bürgerlicher demokratischer Organisationen haben dunkle Elemente mit den niedrigsten Mitteln faschistischer Propaganda und Verleumdung versucht, Verwirrung in die Reihen der Wähler zu tragen“*⁷² .

Das war der Versuch des unfairen Gegners, die bürgerlichen Parteien bei ihrer Vorbereitung auf die vier Wochen später folgenden Landtagswahlen einzuschüchtern.

Das sollte sich aber als untaugliches Manöver erweisen, denn die Landtagswahlen vom 20. Oktober 1946 in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands gingen, wie der nachstehenden Übersicht zu entnehmen ist, für die SED noch ungünstiger aus als die Gemeindewahlen:

71 Vgl. „Die Wahlen in der Sowjetzone“, Dokumente und Materialien, herausgegeben vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen. Fünfte erweiterte Auflage, Bonn/Berlin 1963.

72 „Über die Lehren der Gemeindewahlen“, in „Dokumente der SED“, Bd. I, S. 91.